

Herforder Zeitung

Bezugspreis
für die laufende Woche
4 1/2 Mark
Die Zeitung erscheint täglich, außer
Sonn- und Feiertag, mittags.

für Stadt

und Land

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



Fernsprecher Nr. 53
Postfachkonto Nr. 5796
Scheidt-Hammover

Anzeigenpreis:
Preis für die 11-reihige Milli-
meterzeile oder deren Raum für
Stadt- und Landkreis Herford
4 Goldpfennig;
Außenland
16 Goldpfennig.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 257

Herford, Freitag, den 2. November 1923.

41. Jahrgang.

Die Schreckenszeit des Rhein- landes

Proteststreik in Worms.

Worms, 1. Nov. In der Spitze der hiesigen sogenannten Re-
gierung steht der Seilermeister Ritt, der Versammlungen verbietet
und eine Versammlung von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ver-
hängt hat. Das Vorgehen der Sonderbündler wurde dadurch er-
leichtert, daß die Franzosen den Leiter der Polizei kurz vorher
abgewiesen hatten. Die gesamte Arbeiterchaft ist in einen Protest-
streik eingetreten.

Die Schreckenszeit von Duisburg.

Duisburg, 1. Nov. Die Lage ist hier unverändert. Die Sepa-
ratisten versuchen mit allen Mitteln, ihre Stellung zu festigen. Das
von ihnen gestohlene Notgeld soll unbedingt vom Handel angenom-
men werden. Im Auftrage der angeblichen „Regierung“ hat Dr.
Gothart eine Bekanntmachung erlassen, worin der Handel aufge-
fordert wird, das Notgeld anzunehmen, widrigenfalls Gefängnis-
strafe bis zu zwei Monaten und Geldstrafe bis zu 2000 Goldmark
verhängt wird. Die Minderungen nehmen ihren Fortgang, sehr
viele Separatisten beteiligen sich daran; von den Belgiern sind
20 Separatisten wegen Diebstahls und Minderungen festgenommen
worden. Das Bureau des Erkennungsdienstes der Kriminalpolizei,
in dem sich die Separatisten eingenistet hatten, ist kurz und klein
geschlagen und zerteilt. Das ist wohl der deutlichste Beweis,
was für verbrecherisches Gesindel sich unter den Separatisten be-
findet. Ueber den als Oberbürgermeister „amtierenden“ Bücher-
weber Engel, der von Geburt Elsässer ist, wird noch bekannt, daß
Engel vor 12 Jahren aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung
ausgeschlossen worden ist, weil er Klein und Klein nicht unter-
schieden konnte. Nach Verübung von Unterschlagungen ist er mit
einem inbelseligen und freizeitsüchtigen nach Paris gefahren, seine
Frau und unmündigen Kinder der öffentlichen Armenpflege über-
lassend.

Das Neueste vom Tage

Der Reichstag tritt am Dienstag zu einer Voll-
sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht nur die
Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Reichskanzler Stresemann ist erkrankt; ver-
schiedene Konferenzen u. a. auch die mit der Sozialdemo-
kratie wegen ihrer Forderungen über die Beibehaltung der
Koalition mußten aufgeschoben werden.

Das Reichsfinanzministerium bereitet Abhilfemaßnah-
men dagegen vor, daß Banken Goldanleihe-Kre-
dite gegen hohe Papiermarkzinsen gewähren.

Mitgliedern des Vereins der Berliner Presse wurden
gestern von den Erfindern sprechende Filme vorge-
führt. Die Vorführungen, das Ergebnis deutscher Erfinder-
arbeit, verliefen glänzend.

Die Vorsitzenden der Landesverbände und der Reichs-
tagsfraktion der Deutschnationalen haben dem Ernährungs-
minister Graf Rautenbach erneut das schärfste Mißtrauen
der Landwirtschaft ausgesprochen.

Unter dem Vorsitz der Frau Reichspräsidentin
hat sich die „Reichshilfe“ gebildet, welche Mittel schaffen will
zur Unterstützung von notleidenden Deutschen.

Die amerikanischen Quäker sind damit beschäftigt, einen
Plan auszuarbeiten, nach dem in diesem Winter zwei Mil-
lionen deutsche Kinder von ihnen gespeist werden
sollen.

Poincaré stimmt der Einladung Amerikas zu.

Vorbehaltlich einer Textänderung.

Paris, 1. Nov. Poincaré hat sich bereit, auf die gestrige
Note der englischen Regierung, die die französische Regie-
rung gestern nachmittag von dem englischen Botschafter zu-
gestellt worden ist, eine Antwort auszuarbeiten und dem
französischen Botschafter in London entsprechende Instruk-
tionen zugehen zu lassen. Poincaré nimmt den Vorschlag
Englands, eine gemeinsame Einladung der Alliierten an
Amerika zu senden, an, aber er macht den Vorbehalt, daß
er, wie er das in den ganzen letzten Tagen in London zum
Ausdruck bringen ließ, und in seiner Rede in Sampigny
öffentlich formuliert hat, jetzt verlangt, daß in dem Text der
Einladung an Amerika eine kleine, aber bedeutungsvolle
Wandlung vorgenommen wird. Der englische Text
spricht von einer Sachverständigenkonferenz zur Prüfung
der Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Poincaré verlangt,
daß an dieser Stelle vor das Wort „Zahlungsfähigkeit“ der

Zusatz „augenblicklich“

eingefügt wird. So gedenkt anscheinend der französische
Ministerpräsident den Aktionsradius der bevorstehenden
Sachverständigenkonferenz von vornherein einzuschränken,
um zu verhindern, daß die Sachverständigen sich irgendwie
mit der Frage der Gesamthöhe der deutschen Schuld be-
schäftigen können. Poincaré kommt in seiner Antwort an
England nochmals auf die üblichen Vorbehalte zurück, die er
bereits in dem diplomatischen Meinungsaustausch der letz-
ten Tage ständig wiederholt hat und erklärt hat, es müsse
ausdrücklich stipuliert werden, daß die Aufgabe des Sach-
verständigenkomitees von der Reparationskommission de-
finiert werden soll.

Die gestern verbreitete Nachricht, daß England verlangt,
die Sachverständigenkonferenz solle in Berlin tagen, ist in
dieser Form irrtümlich. Man glaubt zu wissen, daß in der
englischen Note weder ein bestimmter Ort noch ein bestimm-
tes Datum für die Tagung der Sachverständigen vorge-
schlagen ist. Es ist jedoch richtig, daß man in allen betei-
ligten alliierten Staaten sich darüber einig ist, daß die Sach-
verständigen einen Teil ihrer Arbeit in Berlin vornehmen
sollen und sich also zeitweise in Berlin aufhalten werden.
Wie das ja z. B. die Reparationskommission bereits zeit-
weilig getan hat. Es ist im übrigen auch nicht unbekannt,
daß Poincaré stets die Auffassung vertreten hat, daß das
Sachverständigenkomitee seinen eigentlichen Sitz in Berlin haben
müsse. An Hand dieser Tatsache nimmt man an, daß das
Sachverständigenkomitee zunächst hier in Paris gebildet

wird und sich hier grundsätzlich mit der Reparationskommis-
sion über seine Vollmachten und Aufgaben auseinandersetzt.
Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine erste Anhörung der deut-
schen Sachverständigen stattfinden wird, um die einzelnen
zu behandelnden Fragen auch an Hand der deutschen Dar-
legungen noch schärfer umreißen zu können. Alsdann würde
das Sachverständigenkomitee

sich sofort nach Berlin begeben,

um seine Untersuchungen an Ort und Stelle weiter fortzu-
setzen, und hinterher zum Abfluß dieser Arbeit wieder
nach Paris zurückzukehren. Es ist jedoch nicht zu erwarten,
daß ein genaueres Programm und eine endgültige Entschei-
dung der Alliierten vor Mitte der kommenden Woche be-
kannt werden wird.

Die Forderung des Textes der Einladung ist darum we-
sentlich, weil die Begrenzung der Aufgabe des Unter-
suchungs-Ausschusses auf die gegenwärtige Zahlungsfähig-
keit Deutschlands die Herabsetzung der von Deutschland zu
zahlenden Endsumme verhindern soll, die man sowohl in
London als auch in Washington für dringend notwendig
hält, die aber Poincaré in seinen letzten Rundgebungen als
völlig undisputabel erklärt hat.

Lord d'Abernons Rücktritt.

London, 1. Nov. Das Foreign Office veröffentlicht eine
offizielle Note über die Nachricht von der bevorstehenden
Demission Lord d'Abernons. Diese Note lautet: Als Lord
d'Abernon 1920 den Posten eines Botschafters in Berlin an-
nahm, geschah dies nur für eine begrenzte Periode. Jende-
eine Entscheidung über die Wahl seines Nachfolgers ist bis-
her nicht getroffen worden.

Hoover oder Morgan.

London, 1. Nov. Der Washingtoner Berichterstatter
der „Times“ schreibt, daß einem vollkommen unbefähigten
Gericht zufolge Hoover möglicherweise das Landessekreta-
riat niederlegen werde, um in den Sachverständigen-Aus-
schuß für Reparationen als amerikanisches Mitglied einzu-
treten. Allgemein werde angenommen, daß mindestens zwei
Amerikaner ernannt werden, und von den meisten Leuten
wurde die Ernennung entweder Pierpont Morgans oder
eines der Teilhaber seines Bankhauses erwartet.



Rassenverhaftung von Erwerbslosen.

Mainz, 1. Nov. In der Nacht zum Dienstag wurden etwa
150 Arbeiter und Erwerbslose, die der Stadtverwaltung von den
Gewerkschaften zum Schutz der Notensprelle in den betreffenden
Druckereien zur Verfügung gestellt worden waren, um weiteren
Mühsal der Separatisten vorzubeugen, angeblich wegen Ueber-
tretung der französischen Verordnung (Rufstörung) von französi-
schen Kriminalbeamten und schwer bewaffneten französischen Sol-
daten nach den schwersten Mißhandlungen in das Gefängnis ge-
bracht. Drei Beamte der Mainzer Zeitungen und des Wolff-
Bureaus, die zurzeit Nachdienst verrichteten, und die gleichfalls
unter den schwersten Mißhandlungen ins Gefängnis gebracht wor-
den sind, wurden nach zweitägiger Haft auf Kaskation wieder
entlassen. Wegen der Freilassung der übrigen unschuldig Verhaf-
teten sind noch Verhandlungen im Gange.

Gallische Scheinheiligkeit.

wtb. Paris, 1. Nov. „Matin“ schreibt, Poincaré habe Lord
Crewe bei der Ueberreichung der englischen Note über die separati-
stische Bewegung geantwortet, die rheinische Bewegung sei kei-
nesfalls eine französische Schöpfung, die von den Besatzungstruppen
ermöglicht worden sei. Frankreich wünsche, daß künftig eine feste
Barriere des Friedens und der Sicherheit zwischen Frankreich und
Deutschland errichtet werde und nicht nur materiell, sondern auch
moralisch eine Entmilitarisierung eintrete.

Franzosen-Unterstützung der Verräter.

wtb. Mannheim, 1. Nov. Wie der „Mannh. Generalanzeiger“
aus Ludwigshafen meldet, wurde eine etwa 30 Mann starke deutsche
Abteilung von Personen verschiedener Berufsstände, die das Stadt-
haus bewachten, um es gegen die Sonderbündler zu schützen, heute
nach von einer französischen Truppenabteilung umzingelt, verhaftet
und abtransportiert. Damit ist das Stadthaus den Sonderbündlern
preisgegeben. Gleichzeitig verhafteten französische Gendarmen etwa
40 Beamte im Kreisamt Ludwigshafen und internierten sie in der
Kaserne. Oberbürgermeister Dr. Weise leitete sofort Verhandlung-
en zur Freilassung der Verhafteten ein. Nach einer weiteren Mel-
dung wurden im Laufe der Nacht die Verhafteten bis auf die Be-
amten und drei Mitglieder des Turnvereins auf freien Fuß gesetzt.

Wiederaufnahme des Kanalverkehrs.

wtb. Duisburg, 1. Nov. Ueber die Aufnahme des Verkehrs auf
dem Rhein-Ruhr-Kanal wird noch bemerkt, daß die Schleusen ge-
stern der deutschen Verwaltung übergeben worden sind. Am 2. No-
vember soll der Betrieb wieder aufgenommen werden. Nach dem
geschlossenen Abkommen soll der gesamte Dampferpark wieder frei-
gegeben werden. Der Verkehr auf der Wasserstraße wird sich ein-
stellen nur bis zur Schleuse 7 erstrecken. Es dürfen nur solche
Schiffe zum Verkehr zugelassen werden, die den Materialtrans-
port von oder nach den Werken übernehmen und mit denen die
Reparationskommission für Güter- und Bergwerke ein Abkommen ge-
schlossen hat. Entgegen den bisherigen Meldungen werden die Ge-
bühren an das Schleppamt gezahlt. Die Schiffe, die Reparations-
lieferungen befördern, sind jedoch von einer direkten Gebüh-
renabgabe befreit. Die Gebühren für diese Schiffe werden auf Re-
parationskonto gutgeschrieben. Eine große Anzahl von Arbeitern hat
sich bereits zur Arbeitsaufnahme gemeldet.

Das Diebsgefindel.

Salsbathlich wird mitgeteilt:

Ueber die lebhafte Verfolgung großer Geldbeträge durch
die Franzosen und Belgier wird zusammenfassend mitgeteilt: Am
24. Okt. requirierten die Belgier auf Befehl des kommandierenden
Generals der belgischen Besatzungsarmee in der Reichsbankstelle in
Krefeld den Betrag von 100 Billionen Mark. Auf der Reichsbank-
stelle Düsseldorf beschlagnahmten die Franzosen am 25. Okt. 200
Billionen Mark, und am 26. Okt. weitere 430 Billionen Mark. Am
25. Okt. sind französische Kriminalbeamte in Begleitung einer An-
zahl Soldaten in die Druckerei von Marks in Mülheim (Ruhr) ein-
gedrungen und haben dort 350 Billionen Mark Reichsbanknoten
fortgenommen. Am 26. Okt. ließ die belgische Besatzungsbehörde
in der Reichsbankstelle nach 15 Billionen Mark und am 27. Okt.
150 Billionen Mark beschlagnahmen. Am 26. Okt. haben sich die
Franzosen in der Druckerei von W. Giradet zu Offen eines Betrags
von 500 Billionen Mark Reichsbanknoten bemächtigt.

wtb. Berlin, 1. Nov. Die Franzosen haben heute einen für die
Reichsbanknebenstelle höher bestimmten Geldtransport im Betrage
von 3900 Billionen Mark fortgenommen. Der Gesamtbetrag der
von den Franzosen und Belgiern beschlagnahmten Reichsbankgelder
hat damit die Ziffer 6000 Billionen überschritten.

Sachsen

Die Ausnahmeverordnung für Sachsen aufgehoben.

Witb. Berlin, 1. Nov. Der Reichspräsident hat, nachdem inzwischen in Sachsen eine neue Regierung gebildet worden ist, durch Verordnung vom heutigen Tage die am 29. Oktober auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Freistaates Sachsen wieder aufgehoben.

Um eine Neuordnung der Verhältnisse in Sachsen herbeizuführen, hat die Deutsche Volkspartei im sächsischen Landtage einen Antrag auf Auflösung des Landtages eingebracht. Wie die Dinge heute im Landtage liegen, ist mit der Annahme des Antrages zu rechnen, wenn die Sozialdemokraten nach wie vor auf der Bildung einer rein sozialistischen Minderheitsregierung bestehen sollten.

Wie der Reichstagsabg. Kretzig, hat nunmehr auch der für den Posten des Arbeitsministers vorgesehene Arbeiterführer Graube auf die Annahme dieses Postens verzichtet. An seine Stelle soll nun der Gewerkschaftsführer Gläser treten. Der für den Posten des Innenministers bestimmte bisherige Innenminister Liebmann hat erklärt, den Posten nur für solange annehmen zu wollen, als die Große Koalition in Berlin bestehen bleibe.

Der Amtsantritt der sächsischen Regierung.

Dresden, 1. Nov. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Heute Abend nach der Vereidigung des Ministerpräsidenten Felsch vor dem Landtage und der sofort danach erfolgten Vereidigung der Minister, wird die neue Regierung ihr Amt antreten. Der Reichskommissar Dr. Heinze wird nach der Konstituierung der Regierung seine Funktionen sofort einstellen.

Zusammenstöße mit der Reichswehr.

Witb. Dresden, 1. Nov. Das Wehrkreiskommando 4 teilt mit: Zum 1. November wurde von der Reichswehr die Gegend Voigtsgrün—Jersgrün und die Linie von Schöppingen—Oberlichtenau—Göhrz erreicht. In Großenhain wurde am 30. Oktober ein Kommando von vier Reichswehrranggehörigen, das einen Verhafteten zum Amtsgericht führen sollte, auf dem Markt von einer Menge umringt und mißhandelt. Die Polizei alarmierte das Wehrkommando des Reiterregiments 12, das sofort in die Stadt rückte, das Kommando befreite, die Straßen säuberte und die Ordnung wiederherstellte. Da die Menge den Anordnungen der Truppen nicht Folge leistete, wurde bestimmungsgemäß von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Fünfzehn Personen wurden verwundet. In der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November wurden auf die Kaserne in Großenhain einzelne Schüsse abgegeben. Ausgesandte Streifen kehrten zurück, ohne die Täter ermittelt zu haben.

Die Frage der Goldlöhne

Die Auffassung des Reichsarbeitsministers.

Im Reichsarbeitsministerium wurde am 31. Oktober die Frage des Überganges zur Berechnung des Lohnes in Goldmark mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingehend durchgesprochen. Es ergab sich in einer Reihe von Fragen Uebereinstimmung der beiderseitigen Auffassungen, wenn es auch nicht gelang, eine volle Einigung zu erzielen. Eine Fortsetzung der Besprechungen ist in Aussicht genommen.

Der Reichsarbeitsminister selbst ist der Ansicht, daß an die Frage der Umstellung der Löhne in Gold, die für das Gelingen der Währungsreform von größter Bedeutung ist, von allen Beteiligten mit äußerster Sorgfalt und Sachlichkeit heranzutreten werden muß. Wenn gleich nicht mehr bestritten werden kann, daß auch auf dem Gebiete der Lohnberechnung der Übergang zur Goldberechnung grundsätzlich berechtigt ist, so muß doch der Zeitpunkt der Einführung unter Berücksichtigung der besonderen Lage der einzelnen Industrie- und Gewerbegebiete vorsichtig gewählt werden. Die Höhe der Goldlöhne kann nicht durch Umrechnung der derzeitigen Papiermarklöhne nach einem Zufallskurs ermittelt werden, sie ist vielmehr unter genauer Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Verhältnisse im Einzelfalle sorgfältig zu prüfen.

Bei dem derzeitigen Stande der Gütermenge und Gütererzeugung werden die Friedenslöhne nicht erreicht werden können. Mit der Verzerrung unserer Wirtschaft, auf die sich das gesamte Volk einstellen muß, werden auch die Arbeiter rechnen müssen. Einen wertvollen Anhalt bei der Bestimmung der Lohnhöhe werden die Zentralvereinbarungen der großen Berufsgruppen geben, die aber selbstverständlich nicht schematisch angewandt werden dürfen. Daß die Auszahlung der Löhne in wertbeständigen Zahlungsmitteln nur nach und nach, und zwar gemessen an der Zunahme dieser Zahlungsmittel im Verkehr, erfolgen kann, darauf hat der Reichsarbeitsminister schon früher hingewiesen.

Vor der Goldenen Pforte.

Von Rubiner.

Er kniffelte sich schnell, und sie stand auf und ging langsam durch den Saal und wenige Schritte durch den Korridor in das Lesezimmer.

Eine ältere Dame von echt englischem Typus und ein Herr in mittleren Jahren, dem man den reichen Kaufmann ansah, befanden sich im Raume. Die Dame, die eifrig schreibend am Schreibtisch saß, hob den Kopf und musterte mit strenger Miene die eintretende junge Frau. Auch der Herr betrachtete sie, aber mit dem Wohlgefallen, das ein Mann an einer hübschen Frau findet.

Leontine tat, als wenn sie die auf sie gerichteten Blicke nicht bemerkte. Sie sah sich nach rechts um, fand zwei deutsche Zeitungen, sonst aber holländische, englische, französische Blätter und illustrierte Zeitschriften und was man sonst an Publikationen in Hotels vorfindet.

Sie begann zuerst mit den deutschen Zeitungen, nahm dann verschiedenes Fremdsprachliche zur Hand, alles in der Absicht, die Wartezeit auszufüllen.

Inzwischen hatte sich Langdorff mit Schmitz in Verbindung gesetzt. Es galt jetzt, die von Langdorff in beiden Koffern mitgebrachten Präparate in das Zimmer von Schmitz zu schaffen.

Der Koffer Langdorffs war offen. Er warf rasch die Sachen auf den Fußboden, hob den Zinkeinfaß heraus und brachte die jetzt bloßliegenden Pakete zutage. Das Wiebereinschieben der Zinfbedeckung stieß aber an einer Stelle auf ein Hindernis, so daß er sich etwas länger bei dieser Arbeit aufhalten mußte.

Notgesetze zum Schutz der Krankenkassen.

Gegen die freie Arztwahl — Bezirksärzte — Beteiligung der Versicherten — Die Kosten für Arznei.

Das Ermächtigungsgesetz vom 13. Oktober hat der Regierung die Möglichkeit gegeben, kurzerhand sehr einschneidende Bestimmungen zur Reichsversicherungsordnung zu treffen, zu denen man trotz jahrzehntelanger Bemühungen bisher auf dem Wege der normalen Gesetzgebung nicht gelangen konnte. Im Reichsanzeiger vom 31. Oktober 1923 wurden drei Verordnungen des Reichskanzlers und Reichsarbeitsministers vom 30. Oktober bekanntgegeben, von denen eine die Unfallversicherung, die beiden anderen die Krankenkassen betreffen. Die einschneidendste Bestimmung bezüglich der

Unfallversicherung

ist folgende:

„Der Reichsarbeitsminister kann, wenn es zur Erhaltung oder Durchführung der Unfallversicherung oder zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger erforderlich ist,

1. Änderungen im Bestand der Berufsgenossenschaften vornehmen, insbesondere Berufsgenossenschaften vereinigen, auflösen, einzelne Gewerbebranchen oder örtlich begrenzte Teile aus einer Berufsgenossenschaft ausscheiden oder einer Berufsgenossenschaft zuteilen oder neue Berufsgenossenschaften errichten,

2. Landesversicherungsanstalten zu Trägern der Unfallversicherung machen.“

Die zweite Verordnung bringt die seit vielen Jahren vergeblich vergebene gesetzliche Regelung der Beziehungen zwischen

Ärzten und Krankenkassen.

Soweit bisher zu übersehen, entspricht sie im wesentlichen den Vorschlägen, die gemeinsam von den Spitzenorganisationen der Ärzte und der Krankenkassen gemacht worden sind. Mit einigen aus fast zehnjähriger Erfahrung abgeleiteten Änderungen wird mit dieser Verordnung Gesetz, was in dem sogenannten Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1913 unter Mitwirkung des Reichsministers des Innern zur Vorbeugung des damals drohenden allgemeinen Kampfes zwischen Krankenkassen und Ärzten vereinbart worden war. Neu ist die Errichtung eines Reichsausschusses für Ärzte und Krankenkassen mit je fünf Vertretern der Ärzte und der Krankenkassen und drei Unparteiischen. Für den Bezirk eines Landes können Landesauschüsse gebildet werden, die für ihre Bezirke Richtlinien aufstellen, welche die des Reichsausschusses ergänzen.

Am einschneidendsten dürfte die Verordnung über die

Krankenpflege bei den Krankenkassen

wirken. Während in der vorerwähnten Verordnung es dem Reichsausschuß vorbehalten sein soll, Richtlinien zu treffen für Einrichtungen, welche zur Sicherung der Pflege gegen eine unnötige und übermäßige Inanspruchnahme der Krankenkassen erforderlich sind, beginnt die Verordnung über die Krankenpflege von vornherein mit einschlägigen Bestimmungen:

„Die für eine Krankenkasse tätigen Ärzte sind verpflichtet, eine nicht erforderliche Behandlung abzulehnen, die erforderliche Behandlung, insbesondere hinsichtlich Art und Umfang der ärztlichen Einrichtungen sowie der Verschreibung von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln auf das notwendige Maß zu beschränken und bei Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten alles zu vermeiden, was eine unnötige und übermäßige Inanspruchnahme der Krankenkassen herbeiführen kann.“

Diese Bestimmung klingt sehr schroff und wird gewiß von vielen Versicherten auch so empfunden werden. Sie enthält aber im wesentlichen, was sowieso schon seit langem in den Arztverträgen der Krankenkassen festgelegt ist.

Sehr übel aber ergeht es dem Arzt, der nicht die Richtlinien beachtet, die der Reichsausschuß festsetzt oder die ein-

seitig der Kassenvorstand „nach Anhörung von Sachverständigen“ zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Krankenkasse aufstellt. Der Kassenvorstand ist berechtigt, die Ärzte auf Verstöße gegen die Vorschriften hinzuweisen und ihnen ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vertragsbestimmungen bei gleichwohl wiederholten Verletzungen dieser Verpflichtungen

freilos zu kündigen

und bis zur Dauer von zwei Jahren die erneute Zulassung zur Tätigkeit bei der Kasse zu verweigern.

Eine weitere Vorschrift ist

gegen die freie Arztwahl

gerichtet. Entfällt bei einer Kasse auf je 1350 Versicherte, bei Familienbehandlung auf je 1000 Versicherte mehr als ein Arzt, so kann der Kassenvorstand die Neuzulassung weiterer Ärzte zur Tätigkeit bei der Kasse versagen, solange die Zahl der für die Kasse tätigen Ärzte jene Höchstzahl überschreitet. Es bleibt also die freie Arztwahl dort, wo sie besteht, zunächst für diejenigen Ärzte, die an ihr beteiligt sind, erhalten.

Zur Verringerung der Fuhrkosten bei Kassen mit räumlich weit ausgedehntem Bereich kann der Vorstand den für die Kasse tätigen Ärzten

bestimmte Bezüge

zuweisen. Von Arbeitgebern, die Fuhrwerk besitzen, kann, soweit es sich um deren Beschäftigte handelt, die Gestellung des Fuhrwerks für notwendige Fahrten des Arztes verlangt werden.

Eine Reihe weiterer Bestimmungen geben den Kassen gegenüber den Ärzten im Falle eines sogen. vertragslosen Zustandes vermehrte Rechte. Die Versicherten verlieren dabei den Anspruch auf kostenfreie ärztliche Behandlung und werden dafür

mit Barleistungen

abgefunden. Auch kann der Kassenvorstand über die bisher geltenden Bestimmungen hinaus den Versicherten in ein Krankenhaus verweisen.

Sehr schwer werden die

Apotheken

betroffen. Wenn in einem Ort ein Apotheker den Krankenkassen besondere Vergünstigungen gewährt, dann müssen nach dem bisher geltenden § 375 der Reichsversicherungsordnung alle übrigen Apotheker zu den Kassenlieferungen zugelassen werden, wenn sie sich zu denselben Vergünstigungen bereit erklären. Diese Bestimmung ist aufgehoben. Es liegt also jetzt für einzelne Apothekenbesitzer ein erhöhter Anreiz vor, durch Gewährung von Rabatt sich selbst einen erhöhten Umsatz zu sichern, derart, daß die übrigen Apotheker von der Kassenlieferung ausgeschlossen bleiben. Wo die Apotheker sich einig sind, den Krankenkassen den Kredit zu verweigern usw., kann die Arzneilieferung seitens der Kassen ganz eingestellt und durch Barleistungen ersetzt werden.

Opfer müssen auch die Versicherten selbst bringen, um die Ausgaben für Arzneien usw. einzuschränken. Sie haben nämlich von jetzt ab

10 v. H. der Kosten für Arznei,

Heil- und Stärkungsmittel selbst zu tragen. Der Kassenvorstand kann sogar unter Umständen diesen Satz bis auf 20 v. H. erhöhen. Allerdings muß er auf Verlangen der Mehrheit der Versicherten im Ausschusse einen dahingehenden Beschluß wieder aufheben. Von der Beteiligung der Versicherten an den Arzneikosten wird eine erhebliche Ersparnis erwartet; bei der Kruppischen Betriebskasse, wo die Beteiligung freiwillig eingeführt ist, soll die Ersparnis weit über die Hälfte der bisherigen Ausgaben betragen.

schichten. So herrschte eine Weile tiefes Schweigen zwischen ihnen.

Leontine sah sich zuerst. Sie war weltklug und politisch unterrichtet genug, um sofort zu wissen, was sie von den im Koffer versteckten Paketen zu halten hatte.

Schieberwaren! Ein verbrecherisches Schmuggelgeschäft! Sie, die Tochter einer streng erhabenen, ehrenhaften Kaufmannsfamilie, sie, die gut erzogene, gebildete Dame, die jedes Unrecht hatte, jedes Vergehen gegen Gesellschaft, Staat und Gesetz verabscheute, sie hatte in ihrem Koffer Dinge, die das Vaterland selbst so dringend benötigte, deren Ausfuhr mit schwerer Strafe belegt wurde. Sie, Leontine, hatte diese Präparate über die Grenze geschmuggelt.

Und der eben ihr angetraute Gatte, den sie für einen ehrlichen und ehrenhaften Mann hielt, und bei seiner politischen Tätigkeit um so mehr das Gesetz achten und wahren mußte, war ein Schieber, ein Verbrecher, ein Lügner und Heuchler!

Ein kalter Frost schüttelte ihren Körper, ihre Zähne schlugen so heftig im Zittern zusammen, daß es Langdorff hörte. Und nun, nach langer, langer Zeit, brach ein heftiges Weinen aus ihrem Herzen. Schluchzen erschütterte ihre Brust, und die Tränen flossen unaufhaltsam.

Langdorff stellte seine Arbeit ein und stand ratlos da. Er hatte nur einen dumpfen und, wie er selbst fühlte, dumpfen Gedanken: Warum habe ich nicht vorher die Türe von innen verschlossen?

Plötzlich sammelte er sich, holte den Rest der Pakete aus dem Koffer, stellte den Zinkeinfaß hinein und begann das Gepäck Leontines wieder einzupacken.

„Nimm meine Sachen nicht mit deinen Händen an!“ schrie sie auf.

(Fortsetzung folgt.)

Die Beamtengelder

1. Nov. Berlin, 1. Nov. Auf Grund der heutigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angehörigen und Arbeiter wurde die Lohnneuzahl für die Arbeiter für die laufende Woche auf 20 Millionen und die Mehzzahl für die Beamtengelder auf 4 666 000 für das erste Monatsviertel festgelegt.

Herford und Minden-Karlsruhe

2. November.

Das opferwillige Herford

Vom Magistrat wird uns mitgeteilt:

Die Sammlungen, die am Montag, Dienstag und Mittwoch dieser Woche auf Veranlassung des städtischen Wohlfahrtsamtes durch die hiesigen Frauenvereine mit Unterstützung der Schulschwestern vorgenommen worden sind, haben ein

sehr gutes Ergebnis

ergeigt. Lebensmittel aller Art, Kleidung und Wäsche sind in erheblichen Mengen eingegangen; weitere Spenden sind zugesagt. An barem Geld sind bisher rund 4 Millionen Mark gesammelt.

Der Verteilungsausschuss, der von den beteiligten Organisationen eingesetzt worden ist, hat gestern nachmittag gemeinsam mit den Bezirksvorstehern der Armenverwaltung die Bestände besichtigt und ihre Verteilung geregelt. Die nichthaltbaren Lebensmittel, insbesondere Fleischwaren, Eier und Brot, sind durch die städtischen Fürsorgerrinnen sofort abgegeben. Ueber die übrigen Lebensmittel werden noch im Laufe dieser Woche

Gutscheine

ausgegeben. Von den eingegangenen Bargeldern wurden für eine Million Mark von einer hiesigen Firma sofort 100 Pfund Rinderfett und Palmöl zu einem Vorzugspreise gekauft, die ebenfalls sofort verteilt werden. Die übrigen Gelder wurden in Goldanleihe angelegt. Die Verteilung der eingegangenen Kleidungsstücke und der Wäsche erfolgt demnächst durch die Bezirksvorsteher der Armenverwaltung nach Anhörung ihrer Bezirksversammlungen unter Mitwirkung der städtischen Fürsorgerrinnen. Auf Grund des

Ausruhen der Kaufmannschaft

des Einzelhandelsverbandes Herford laufen bei dem Magistrat seit Mittwoch erhebliche Mengen an Gutscheinen über Lebensmittel ein, die teils gratis, teils zu herabgesetzten Preisen durch Vermittlung des Arbeitsamtes an die erwerbslosen Familien verteilt werden sollen. Sobald ein Ueberblick möglich ist, wird eine Veröffentlichung hierüber erfolgen. Schon jetzt kann festgestellt werden, daß beide Aktionen, sowohl die Sammlung zu Beginn der Woche, als auch die Ueberlassung von Gutscheinen seitens des Einzelhandelsverbandes ein ganz ausgezeichnetes Ergebnis zeitigen werden.

Diese Mitteilungen sind erfreulich. Zeigen sie doch, daß in der Herforder Bevölkerung der oft erprobte Opfergeist nicht erloschen ist. Uns sind eine Reihe von rührenden und ergreifenden Beispielen bekannt geworden, in denen Armut der Armut gern noch gegeben hat. Es ist z. B. nichts Seltenes gewesen, daß seit Wochen Erwerbslose mit großen Familien in die Wagen der eifrigen Sammler und Sammlerinnen Gaben ihrer Gelder und Güter gelegt haben. Ihnen gebührt besonderer Dank.

Unser Wirtschaftsleiden

In Herford sind augenblicklich etwa 2000 Vollerwerbslose und 7500 Kurzarbeiter vorhanden. Man kann aufgrund dieser Ziffern annehmen, daß ungefähr die Hälfte der Bevölkerung unserer Stadt auf Unterstützung aus öffentlichen Mitteln angewiesen ist.

Die Lage der deutschen Industrie hat sich in den letzten Wochen zusehends verschlechtert. Die Gesteuerungskosten zahlreicher Gewerbe sind über dem Weltmarktpreis angelangt. Der Absatz ins Ausland ist ins Stocken gekommen. Auf den heimischen Märkten hat die Umstellung der Wirtschaft auf Goldrechnung die Kaufkraft der breiten Masse, deren Arbeitsentgelt noch nicht auf der Goldbasis beruht, teilweise über die Grenzen des Existenzminimums herabgedrückt. Eine schwere Absatzkrise ist die Folge. Die Zurückhaltung in der Gewährung von Krediten durch die Reichsbank hat den Mangel an Betriebskapital erheblich verstärkt. Die Produktionsmöglichkeiten sind auch hierdurch gemindert worden. Deutschland macht gegenwärtig eine Wirtschaftskrise durch, wie sie seit dem Ausbruch des Weltkrieges noch nicht erlebt wurde. Herford wird davon mit am schmerzhaftesten betroffen.

Sehen wir uns die Dinge an. In der Textilindustrie ist die Lage katastrophal. Das Warenpreisniveau hat in den meisten Artikeln den Weltmarktpreis überfliegen, sodaß ausländische Textilwaren zum Teil billiger als deutsche Erzeugnisse angeboten werden konnten. Die Käufer von Textilwaren haben sich daher vornehmlich mit ausländischer Ware eingedeckt. Auf dem Baumarkt konnten die erforderlichen Summen für die Durchführung und Beendigung der Bauarbeiten kaum in einem Maße noch aufgebracht werden. Neue Bauten sind fast nirgends in Angriff genommen worden. Die private Bautätigkeit beschränkte sich auf die Fertigstellung begonnener Bauten.

Besonders kennzeichnend für die Bedeutung, die die Gerabminderung der Kaufkraft der breiten Masse für die Wirtschaftskrise hatte, ist die Lage der Nahrungs- und Genussmittel-Gewerbe. Die überwiegende Mehrheit der Betriebe ist völlig ungenügend beschäftigt. Im Tabakgewerbe sind Einschränkungen der Betriebe (Feierschichten, Stilllegungen, Entlassungen bis zu 50, 80 und mehr Prozent der Arbeiterkraft) an der Tagesordnung. Im gesamten graphischen Gewerbe und in den verwandten Gewerben (Schriftgießereien, Buchbindereien usw.) nimmt die Verschlechterung des Beschäftigungsgrades ihren ununterbrochenen Fortgang (Sterben der Zeitungen, trostlose Lage der Bild- und Werkdruckereien, da Bücher, Zeitschriften, Druckfachen,

Propagandaschriften usw. zu den Luxusartikeln zählen, recht ungünstige Verhältnisse in den chemisch-graphischen Anstalten, Steindruckereien usw.).

Die Krise ist im wesentlichen die Folge der dauernden Passivität unserer Zahlungsbilanz. Deutschland hat in den letzten Jahren an seine Gläubiger stets mehr bezahlt, als es seinerseits von seinen Schuldern eingenommen hat, und es ist hierbei mehr und mehr verarmt. Die Abnahme der Kaufkraft seiner Bevölkerung ist das äußere sichtbare Zeichen dieser Verarmung. Nur die Aktivierung unserer Zahlungsbilanz kann uns die Rettung aus diesem Glend bringen. Verminderung der Einfuhr, Vermehrung der Ausfuhr muß die Parole sein. Hierzu bedarf es jedoch einer radikalen Umstellung unserer Wirtschaft, die nicht von heute auf morgen zu erreichen ist und die ganz gewiß durch jeden politischen oder wirtschaftlichen Unsturzversuch nur verlangsamt werden wird. Gelingt es nicht, alle Kreise der werktätigen Bevölkerung, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, zur dauernden tätigen Mithilfe an dieser Umstellung der Wirtschaft zusammenzuführen, dann wird auch dies letzte Mittel der Gesundung Deutschlands vergeblich angewandt sein.

— Stadttheater Herford. Man schreibt uns: Für Sonntag ist eine Aufführung von Mozarts Oper „Figaros Hochzeit“ in Aussicht genommen, die das besondere Interesse aller Musikfreunde finden dürfte. Die Oper ist von Oberregisseur Moor inszeniert und steht unter der musikalischen Leitung von Direktor Max Schabbe. Der langen Spielbauer wegen ist der Anfang auf 6 Uhr angesetzt. Der Vorverkauf wird morgen eröffnet.

Vielfeld. Die Wahl von Frä. Dr. Morisse zur Oberstudienrätin an der Auguste-Viktoria-Schule wurde vom Minister bestätigt.

Vielfeld. Die Inhaber der Firma Theodor Schulz & Co., Produktenhändler Otto Dehle und Kaufmann Robert Sonntag, hier, Keller Straße 54, sind am 30. Oktober 1923 auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft festgenommen und dem Gericht zugeführt worden, das Haftbefehl gegen sie erlassen hat. Zu bereits fünf bekannt gewordenen Fällen haben die Festgenommenen teils sehr erhebliche Vorkasse sich geben lassen unter dem Vorzeichen, hierfür Kartoffeln zu liefern. Sie brachten es nicht fertig und glaubten sich damit begnügen zu können, daß sie nach Wochen den Auftraggebern die eingezahlten Beträge mit der Erklärung zurückzahlten, die Kartoffellieferungen seien mißlungen, weil die Kartoffeln bei der Anfuhr infolge erst dann entstandener Preisdifferenzen beschlagnahmt wurden. Durch die inzwischen gesteigerte Geldentwertung sind die Auftraggeber erheblich geschädigt und noch dazu ohne Kartoffeln. Hinzu kommt, daß die Firma Schulz & Co. die erforderliche Handelslaubnis nicht hat, sie ist hier vielmehr verurteilt worden.

Oventadt. Legstin hat hier Medeweg beim Kartoffelroden eine römische Silbermünze mit dem Bilde des Kaisers Hadrian gefunden, der im 2. Jahrhundert n. Chr. lebte.

Lübbecke. Der Rammereikassendirektor Rudolf Sachs von hier wurde einstimmig zum Bürgermeister von Broderode im Kreise Schmalkalden gewählt. In ihm verliert unsere Stadt einen äußerst tüchtigen und fähigen Beamten. — Die Stadt und der Kreis Lübbecke geben in Gemeinschaft Notgeld in 10 Milliardenheften in den Verkehr.

Uchte. Ein Hofbesitzer in Hauskämpen verkaufte im August ein gutes achtjähriges Arbeitspferd zum Preise von 600 Millionen M. Der Käufer handigte einen Scheck über die genannte Summe aus. Der Verkäufer legte den Scheck zu seinem anderen Geld in den Koffer. Vor einigen Tagen geht er zum Pferdehändler in Warmen, von dem er den Scheck erhalten und bittet für den Scheck bar Geld, welches er auch bekommt. Er geht nach Uchte, kauft eine Kuh für 900 Millionen und legt auf sein gutes Pferd noch 300 Millionen hinzu.

Unsere Träger sind beauftragt, beim Einziehen der Bezugsgebühren

Scheine unter 50 Millionen

zurückzuweisen, da das Durchzahlen ein viel größeres Maß von Arbeit bedeutet, wie die Beträge darstellen.

Herforder Zeitung für Stadt und Land.

Wirtschaftsleben

1. November 1923

1 Dollar	130 000 000 000 M.
1 Goldanleihe	150 000 000 000 M.
1/2 Goldanleihe	75 000 000 000 M.
1/4 Goldanleihe	37 500 000 000 M.
1/10 Goldanleihe	15 000 000 000 M.
Dollarschuldenschein	— G.
1 Goldmark	30 952 380 952 M.
1 Goldpfennig	309 523 809 M.
5 Goldpfennig	1 547 619 045 M.
10 Goldpfennig	3 095 238 095 M.
25 Goldpfennig	7 738 095 235 M.
50 Goldpfennig	15 476 190 450 M.
75 Goldpfennig	23 214 285 675 M.
90 Goldpfennig	27 857 142 862 M.

Der Hunger nach Goldanleihe

300—400 Millionen abgesetzt. — Rasche Fertigstellung des Gesamtbetrages.

Berlin, 1. Nov. Die stürmische Nachfrage nach der Goldanleihe hat es mit sich gebracht, daß bis jetzt schon erheblich mehr als 300 Millionen Goldmark von Seiten des Reiches abgesetzt worden sind, einschließlich natürlich der ursprünglich bei der Zeichnung untergebrachten 164 Millionen. Unterdessen gehen der Druck und die Ausfertigung der Stücke in so beschleunigter Weise vor sich, daß schon in ein paar Tagen die sämtlichen 500 Millionen Goldmark der Anleihe, auf die sie laut Gesetz begrenzt ist, fertiggestellt sein werden.

Der Bedarf an wertbeständigen Zahlungsmitteln wird auf diese Weise binnen kurzem besser befriedigt sein, als gegenwärtig. Schon der bisherige Umlauf an Goldanleihe würde ihm gerecht werden können, wenn die Anleihe nicht offenbar — gleich den von früher her noch zurückgehaltenen Devisen — als wertbeständige Anlage flüssigen Geldes gesammelt würde.

Die Goldanleihe wurde amtlich mit 150 Milliarden festgelegt, und zwar ist charakteristisch für den herrschenden Stimmungs-

daß die angeforderten Summen zum erstenmal seit Bestehen dieser Anleihen mit 15 Proz. repartiert werden mußten. Die Folge hiervon war selbstverständlich, daß nach Festsetzung der amtlichen Notiz der Kurs für Goldanleihe weiter in die Höhe zog.

Im weiteren Verlaufe der Börse stellte sich Goldanleihe auf 310 Milliarden Mark.

Am Notemarkt waren die Zuteilungen etwas größer als bei der amtlichen Devisenfestsetzung. Amerikan. große Stücke 5 Proz., kleine 10 Proz., belgische 25 Proz., dänische und schwedische 20 Proz., holländische, englische große Stücke 5 Proz., englische kleine Stücke 10 Proz., ebenso italienische und norwegische.

Dollarnoten wurden amtlich mit 130 Milliarden und holländische Gulden mit 52 Milliarden Mark bei 5 prozentiger Zuteilung festgelegt. Die übrigen Zuteilungen betrugen 5 Proz. für Buenos Aires, Kristiania, Kopenhagen, Stockholm, Brüssel, Italien, Schweden, Spanien. Paris erhielt nur eine Zuteilung von 3 Proz.

Berliner Viehmarkt vom 1. November.

Auftrieb: 1138 Rinder, darunter 315 Ochsen, 242 Bullen, 581 Kühe und Färren, 915 Kälber, 2073 Schafe, 1701 Schweine 39 Ziegen, 469 Auslandschweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht in Milliarden Mark:

Dahen:	Rinder.	Markt
a) vollfleisch. ausgemästete höchsten Schlachtwertes ungeschlachtet		9—10
b) vollfleisch. ausgemästet. höchsten Schlachtwertes im Alter von 4—7 Jahren		8—8.5
c) junge fleischige nicht ausgemästete und ältere ausgemästete		6.5—7
d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere		5—6
Bullen:		
a) vollfleisch. ausgewachsene höchsten Schlachtwertes		9—10
b) jüngere		7.5—8.5
c) mäßig genährte jüngere u. „gut genährte“ ältere		6—7
Kühe und Färren:		
a) vollf. ausgemästete Färren höchsten Schlachtw.		8—10
b) Kühe		
c) ältere ausgem. Kühe und wenig gut entw. Kühe		6.5—7
d) jüngere Kühe und Färren		5—6
e) mäßig genährte Kühe und Färren		4—4.5
f) gering		3.5—4
gering genährtes Jungvieh (Zweijährer)		5.5—7

Stallmästschafe:	Schafe.
a) Mastlamm und jüngere Masthammel	9—10
b) ältere Masthammel, geringere Mastlamm und gut genährte junge Schafe	5—7
c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merz)	3—4.5

Weidemastschafe:	Schweine.
a) Mastlamm	—
b) geringe Lamm und Schafe	—

a)	Fettgeschweine über 8 Btr. Lebendgewicht	—
b)	vollfettig. Schweine v. 240—300 Pfd. Lebendg.	13
c)	" " " 200—240 " "	
d)	" " " 160—200 " "	
e)	" " " 120—160 " "	
f)	" " " unter 120 " "	12—13
g)	Sauen	11—12

Marktverlauf: Bei Rindern, Kälbern und Schafen ruhig. Bei Schweinen glatt. Ausgefachte.

Devisenkurse.

In Millionen.

1. Novbr.

31. Oktbr.

Telegr. Auszahlungen:	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland 1 Gulb.	51870	53170	25137	25233
Belgien 1 Franc	6683	6717	3232	3248
Christlanla 1 Kr.	19970	20050	9975	10025
Kopenhagen 1 Kr.	22943	23157	11172	11228
Schweden 1 Krone	35312	35433	1697	17043
Dänemark 1 Kr.	3591	3609	1716	1724
Italien 1 Lire	6605	6085	2913	2927
London 1 Pfr.	593500	601500	289275	290725
Newyork 1 Doll.	129675	130325	64833	65162
Paris 1 Franc	7840	7880	3771	3789
Schweiz 1 Franc	23741	23859	11571	11629
Spanien 1 Pseta	17756	17844	8778	8822
Port.-Deft. abgeseht.	1855*	1893*	905*	912*
Brut. 1 Krone	3950	3970	1895	1905
Budapest 1 Krone	7480*	7520*	3491*	3509*
Buen.-Airs. 1 Pset.	42838	43107	20349	20451
Bulgarien 1 Lwa	1247	1253	608	612
Japan 1 Yen	64838	65182	30923	31077
Wien 1 Sch.	11970	12039	5985	6015

* In Tausenden.

Dollarkurs — G. Goldanleihe gr. 150.000 X
bto. fl. 150.000 X

Verantwortlich für den Inhalt: der Herausgeber und Verleger Fr. A. H. H. für die Anzeigen: Fr. W. H. H. beide in Herford. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik hat weder der Verleger noch der Inserent Anspruch auf Nachlieferung oder Entschädigung.

Verzinsliche Dienst für Notfälle

haben Sonnabend nachmittag und am Sonntag, den 4. November: Bau-Rat Dr. Kolling und Dr. Weinberg.

Kirchensteuer.

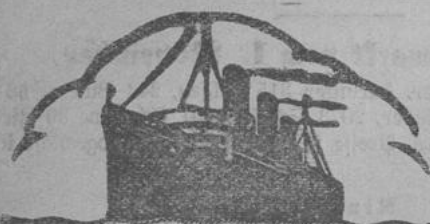
Die evangelischen Kirchengemeinden zu Herford und die katholische Kirchengemeinde haben beschloffen, am Montag, den 29. Oktober, von je 1000 M. Reichseinkommensteuer 1922 einen Goldpfennig als Kirchensteuer zu heben. Wer die Kirchensteuer in der Zeit vom 29. Oktober bis einschließlich Montag, den 5. November, bezahlt, darf die Steuer zum Stande des Goldpfennigs am Montag, den 29. Oktober, bezahlen, selbst wenn sich die Papiermark nach dem 29. Oktober verschlechtert sollte. Vom 6. November an wird die Umrechnung in Papiermark zu dem dann jeweils täglich geltenden Goldumrechnungssatz vorgenommen.

Wieviel Reichseinkommensteuer jemand für 1922 zu zahlen hatte, geht aus dem letzten Kirchensteuerbescheid hervor. Der letzte Kirchensteuerbescheid ist bei der Zahlung vorzulegen.

Herford, den 26. Oktober 1923.

Finanzamt Herford. Müller

Bad Salzflen, den 2. November 1923.



Ihre wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK

Anschlüsse und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
und deren Vertreter in:
Bad Deynhausen, Hapag-Reisebüro
L. Back, Klosterstr. 15.

Heinrich Wille, Telefon 489 u. 1080.

Franz & Ernst Klein.



mit Angabe beider Nummern u. Preis kauft
Hackelberg, Berlin-Neukölln, Steinmetzstr. 97.

**so zu verwenden, wie es
den größten Nutzen bringt!**

3. Spüle gut, zuerst in warmem, danach in kaltem Wasser, bis dieses ganz klar bleibt.

Mach die Probe! Du allein hast den Nutzen davon!

Eine erhebliche Erleichterung bei jedem Waschen bringt das vorherige Einweichen in Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda; es wirkt schmutzlösend und verkürzt die nachfolgende Behandlung.

Willy. Dillert
Mittelfstraße 4.

Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogen-
handlungen und Apotheken.

**Drucksachen
für Geschäfts- u.
Privat-Gebrauch**

MASCHINENBAU SCHOLZ
KOM. GEF.
BURGSTEINFURT IN WESTFALEN

II. Teil.

Werner & Mertz A.-G. Mainz



Hokus, pokus
Erdal gibt die Kraft
Schon glänzen die Schuhe
zauberhaft

Erdal

Werner & Mertz A.-G., Mainz.